



# Jahresbericht 2024

Gemeinsame Zentralstelle Kommunale  
Kriminalprävention in Baden-Württemberg



Baden-Württemberg  
Ministerium des Inneren,  
für Digitalisierung und Kommunen



## IMPRESSUM

### Herausgeber

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung  
und Kommunen Baden-Württemberg  
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart

### Redaktion

Geschäftsstelle Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention  
Achim Hummel und Bärbel Karcher  
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart

### Kontakt

Telefon: 0711 231-5550  
E-Mail: [gez-kkp@im.bwl.de](mailto:gez-kkp@im.bwl.de)

### Grafische Gestaltung

orelunited Werbeagentur GmbH  
Fritz-Reuter-Str. 18, 70193 Stuttgart

### Bildquellen

GeZ KKP BW

1. Auflage, Juli 2025

### Alle Rechte sind vorbehalten

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach  
vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

# Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

„Zusammenarbeit und Prävention“ lautet unsere Mission bei der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP). Als ein Zusammenschluss von Expertinnen und Experten aus den Bereichen Polizei, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft engagieren wir uns gemeinsam für die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg.

Unser Ziel ist es, durch eine enge Zusammenarbeit aller Stellen das Sicherheitsgefühl in unserem Land zu stärken und die Kriminalität nachhaltig einzudämmen. Dabei sind wir überzeugt, dass nur eine ganzheitliche Herangehensweise langfristig erfolgreich sein kann.

Als GeZ KKP sehen wir uns als Initiator und Impulsgeber für kriminalpräventive Maßnahmen in Baden-Württemberg. Wir arbeiten eng mit unseren Partnerinnen und Partnern zusammen, um die bestmöglichen Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Transparenz und der offene Austausch haben dabei eine große Bedeutung für uns.

In unserem Jahresbericht geben wir Ihnen einen Überblick über die Ereignisse und Entwicklungen des vergangenen Jahres und auch einen Ausblick auf das Jahr 2025 und die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen der Kriminalprävention.

Ich danke allen Beteiligten für ihr Engagement und ihre Unterstützung bei der Arbeit der GeZ KKP. Gemeinsam geben wir auch im Jahr 2025 unser Bestes für unser aller Sicherheit und für ein vertrauensvolles und respektvolles Miteinander.

Ihre

A handwritten signature in blue ink, which reads "Stefanie Hinz". The signature is fluid and cursive.

Dr. Stefanie Hinz  
Landespolizeipräsidentin

## Kommunale Kriminalprävention – unsere Sicht darauf

Die Kommunale Kriminalprävention zielt darauf ab, Kriminalität dort zu verhindern, wo sie entsteht. Ihr Ansinnen ist es daher, den Rahmen für eine gezielte Vor-Ort-Befassung mit unterschiedlichsten Kriminalitätsfeldern zu bieten und damit einen verbesserten Transfer von Präventionsmaßnahmen in den kommunalen Sektor zu erreichen. Die Grundgedanken der KKP sind von der Erkenntnis geleitet, dass Kriminalität ein gesamtgesellschaftliches Phänomen darstellt und, daraus resultierend, ein gemeinsames Vorgehen bei der Problemlösung wirkungsvoller ist.

Die KKP definiert sich über die institutionalisierte Vernetzung aller beteiligten Stellen sowie dem individuellen, lokalen Ansatz bei der Auswahl geeigneter Präventionsprojekte und Maßnahmen zur Reduzierung und Verhinderung von Kriminalität. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Präventions-schaffenden mit unterschiedlichen Blickrichtungen und Herangehensweisen soll eine umfassende und erfolgreiche Präventionsarbeit vor Ort gelingen.

# Inhalt

<b>01</b>	Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst .....	8
<b>02</b>	Forschungsprojekt InGe .....	12
<b>03</b>	Communities That Care .....	16
<b>04</b>	Ausblick: „Kinder und Jugendliche vor Gewalt schützen“ .....	18
<b>05</b>	Netzwerktreffen 2024 .....	20
<b>06</b>	Über die GeZ KKP .....	22

Dieser Jahresbericht gibt einen Überblick über die Arbeitsschwerpunkte und Projekte der GeZ KKP im Jahr 2024.

Weitergehende Informationen können durch die Geschäftsstelle der GeZ KKP zur Verfügung gestellt werden und sind auch auf der neu gestalteten Webseite der GeZ KKP ([www.kkp-bw.de](http://www.kkp-bw.de)) abrufbar.



Code scannen.  
Website besuchen.

# 01

## Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

### UMFASSENDE RESSORTÜBERGREIFENDE LANDESKONZEPTION FERTIGGESTELLT

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind in ihrem Berufsalltag zunehmend mit Gewalt konfrontiert. Die Angriffe reichen von verbalen Attacken wie Beleidigungen und Bedrohungen bis hin zu schwerwiegenden körperlichen und sexualisierten Übergriffen. Sowohl aktuelle Studien als auch die Polizeiliche Kriminalstatistik deuten darauf hin, dass sich das Problem verschärft. Im Jahr 2024 wurden 14.459 Polizistinnen und Polizisten und 297 Angehörige aus dem Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes Opfer von Gewalt. Die Anzahl der Opfer von Gewalt unter den weiteren Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist im Jahr 2024 auf einen Höchstwert von 1.615 Opfern angestiegen. Hierunter fallen beispielsweise Lehrkräfte, das Personal von Krankenhäusern, Jobcentern, Bürgerämtern oder Führerscheinstellen sowie kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Jeder Übergriff birgt die Gefahr von – zum Teil schweren oder gar bleibenden – körperlichen und mentalen Beeinträchtigungen bei den Betroffenen.

### Zusammensetzung der Interministeriellen Arbeitsgruppe

- Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen – GeZ KKP (Federführung)
- Ministerium für Kultur, Jugend und Sport
- Ministerium für Finanzen
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
- Ministerium der Justiz und für Migration
- Ministerium für Verkehr
- Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
- Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
- Staatsministerium
- Dachverbände DGB und BBW – Beamtenbund Tarifunion
- Kommunale Landesverbände (Städte-, Gemeinde- und Landkreistag)
- Unfallkasse Baden-württemberg
- Vertretung aus dem Bereich der Hauptpersonalräte und der Schwerbehindertenvertretung

Außerdem kann jeder Übergriff das Vertrauen der Mitarbeitenden sowie der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Institutionen nachhaltig schwächen. Langfristig kann der öffentliche Dienst als Arbeitgeber zudem an Attraktivität einbüßen mit der Konsequenz, dass Nachwuchs- und Fachkräfte fehlen.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklung und um Beschäftigte des öffentlichen Dienstes umfassend vor Übergriffen zu schützen, beschloss das Lenkungsgremium der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) am 25. November 2021 die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe. Ziel war die Erarbeitung einer ressortübergreifenden Landeskonzption zum Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Sie sollte konkrete Handlungsempfehlungen beinhalten und alle Phasen von Gewaltvorfällen umfassen, das heißt der Prävention, Intervention und Nachsorge.

Zur Bündelung verschiedener Kompetenzen und themenspezifischer Expertisen beteiligten sich unter der Federführung des Innenministeriums auf Arbeitsebene verschiedene Fachressorts sowie das Staatsministerium, der Deutsche Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg und der Beamtenbund Baden-Württemberg – Beamtenbund Tarifunion, eine Vertretung aus dem Bereich der Hauptpersonalräte und der Schwerbehindertenvertretung, die kommunalen Landesverbände sowie die Unfallkasse Baden-Württemberg. Daneben nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen teil.

Bei der Erarbeitung der Konzeption wurde deutlich, dass in Baden-Württemberg bereits einige Behörden und Institutionen über verschiedene Konzepte und Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz verfügen. Allerdings existierten bis dato keine landesweit einheitlichen Standards oder ressortübergreifenden Konzeptionen. Eine Gemeinsamkeit konnten wir jedoch klar identifizieren:

**Der Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat in allen beteiligten Institutionen einen besonders hohen Stellenwert und kann nur durch eine umfassende Gesamtstrategie adäquat und vollumfänglich erreicht werden.**

Mit der Landeskonzeption für einen besseren Schutz von Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor Gewalt im Arbeitsalltag haben wir diese umfassende Gesamtstrategie geschaffen. Durch die Projektbeteiligten konnten sieben Handlungsfelder erarbeitet werden. Die Maßnahmen zielen darauf ab, gewaltsamen Übergriffen und negativen Entwicklungen frühzeitig entgegenwirken zu können. Das Maßnahmenpaket gibt Vorgesetzten und Personalverantwortlichen zusätzliche Hilfestellung an die Hand, um schnell auf Vorfälle reagieren und geeignete präventive oder intervenierende Arbeitsschutzmaßnahmen vor Ort ergreifen zu können. Darüber hinaus zeigt die Konzeption auch einen Fahrplan für den Ernstfall auf. Mithilfe spezifischer Hilfs- und Beratungsangebote werden Betroffene im Nachgang eines Vorfalls unterstützt, das Erlebte zu verarbeiten und mögliche rechtliche Schritte einzuleiten. Die aufgeführten Präventions- und Nachsorgemaßnahmen sollen weiterhin auch dazu beitragen, das Vertrauen in den Arbeitgeber bzw. Dienstherrn zu stärken und die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten zu erhöhen.

## 7 Handlungsfelder der Landeskonzeption

1. Monitoring/umfassendes Lagebild zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst
2. Entwicklung einer Präventionsdatenbank
3. Behördenspezifische Krisen- und Notfallpläne
4. Ansprechstellen zur Gewaltprävention
5. Unfallmeldung
6. Rechtliche Maßnahmen
7. Hilfsangebote

Eine wichtige Handlungsempfehlung aus der Landeskonzeption ist die Einrichtung einer zentralen und landesweiten Ansprechstelle für Gewaltprävention im öffentlichen Dienst. Diese soll als eigenständige Organisationseinheit innerhalb des öffentlichen Dienstes für alle Behörden und Einrichtungen sowie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst etabliert und bei der bereits seit 2019 beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg eingerichteten „Zentralen Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger“ angegliedert werden. Sie soll eng mit den betreffenden Behörden, Ressorts, Gewerkschaften, Unfallversicherungsträgern und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zusammenarbeiten.



# 02

## Forschungs- projekt InGe

### PROTOTYP DES LAGEBILDINSTRUMENTS ZU GEWALTERFAHRUNGEN VON BESCHÄFTIGTEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST ERSTELLT

Die GeZ KKP initiierte 2022 das auf zwei Jahre angelegte und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ (Akronym: InGe). Ziel des Projekts war die Entwicklung eines softwaregestützten Instruments zur Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Angestrebt wurde die Bereitstellung einer einheitlichen und nutzerfreundlichen elektronischen Meldeplattform für möglichst viele Berufsgruppen zur kontinuierlichen Datenerfassung.

Im Rahmen der Entwicklung wurde das Lagebildinstrument während einer achtwöchigen Feldphase von Mai bis Juli 2024 in zwei Modellkommunen Baden-Württembergs (Offenburg, Ostalbkreis) auf Anwenderfreundlichkeit und Praktikabilität erfolgreich getestet.

Im Ergebnis konnten durch das Forschungsprojekt InGe die Grundlagen für ein bundesweit einmaliges, softwaregestütztes Instrument zur Erfassung und Auswertung von Gewalterfahrungen im öffentlichen Dienst entwickelt



Alle Informationen  
zu InGe finden Sie jederzeit  
auf der Projekthomepage  
[projekt-inge.de/](https://projekt-inge.de/)



Abschlussreffen der InGe-Projektbeteiligten mit dem Stv. Ministerpräsidenten und Innenminister Thomas Strobl in Stuttgart

werden. Das Instrument soll dazu dienen, Kriminalität auf Basis von empirisch erhobenen und nachvollziehbaren Daten wirksam vorzubeugen.

Flankierend zum Auswertungs- und Analysewerkzeug haben die Projektbeteiligten eine benutzerfreundlich filterbare Präventionsdatenbank entwickelt, die über die Projekthomepage öffentlich zugänglich ist. Zudem haben sie ein Verzeichnis an Ansprechstellen und Hilfsmöglichkeiten erstellt, das ebenfalls auf der Projekthomepage als PDF-Dokument zum Download zur Verfügung steht.

Am 5. September 2024 fand die Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts statt. Mit anerkennenden Worten des Stv. Ministerpräsidenten und Innenministers, Herrn Thomas Strobl wurde hier der Erfolg des Forschungsverbunds unter der Leitung der GeZ KKP und der Partner, dem Centre for Security and Society der Universität Freiburg und der Disy Informationssysteme GmbH aus Karlsruhe, vor Vertreterinnen und Vertretern der assoziierten Partner, den Beiratsmitgliedern sowie dem Projektträger ausdrücklich betont.

Der nächste Schritt sieht vor, beim Landeskriminalamt BW ein Anschlussprojekt für InGe einzurichten.



## ÖFFENTLICHE VORSTELLUNGEN DES FORSCHUNGSPROJEKTS INGE

InGe wurde bei zwei Veranstaltungen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Deutsche Präventionstag (DPT) ist der weltweit größte Jahreskongress im Bereich der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsfelder, weshalb die GeZ KKP den Rahmen des 29. DPT am 10. und 11. Juni 2024 in Cottbus nutzte, um InGe einem großen Publikum vorzustellen. Der Fokus der Präsentation lag auf der Darstellung der praktischen Anwendung des Tools. In einer Live-Demonstration wurde den Teilnehmenden die InGe-Eingabe- und -Auswertemaske vorgeführt.

# InGe



Die zweite öffentliche Vorstellung des Forschungsprojekts InGe erfolgte bei der wissenschaftlichen Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG), die im zweijährlichen Rhythmus an wechselnden Orten in Deutschland, Österreich und der Schweiz stattfindet. Im Jahr 2024 fand die 18. Fachtagung der KrimG vom 26. bis 28. September in Tübingen unter der Leitung von Prof. Dr. Jörg Kinzig, Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen, statt. Thema der Veranstaltung war „Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie“.

Die Tagung bot eine gute Plattform für den Austausch von Wissenschaft und Praxis und bekräftigte die zentrale Rolle der Kriminologie in der Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragestellungen. InGe stieß auch hier auf das rege Interesse der Teilnehmenden.

# 03 Communities That Care (CTC)

## MODELLKOMMUNE LÖRRACH FÜHRT KINDER- UND JUGENDBEFragung DURCH

CTC ist eine präventive Langzeitstrategie, die ursprünglich aus den USA stammt und durch den Landespräventionsrat Niedersachsen nach Deutschland übertragen wurde. Sie möchte Rahmenbedingungen für ein gesundes und sicheres Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen schaffen.

Hierfür führt CTC Kommunen durch einen 5-stufigen Prozess (Struktur-bildung, Kinder- und Jugendbefragung an Schulen, Stärken- und Schwächen-analyse mit Erstellung eines Gebiets-profils, Erstellung eines Handlungs-konzepts und Aktionsplans für die Kommune und Umsetzung und Evaluierung des Konzepts). Dabei nutzt CTC wissenschaftliche Erkenntnisse über Risiko-faktoren, die die Wahrscheinlichkeit für jugendliches Problemverhalten er-höhen sowie Schutzfaktoren, welche die Wahrscheinlichkeit für proble-matische Verhaltensweisen bei Jugendlichen verringern.



Weiterführende  
Infos zur Präventions-  
strategie CTC finden  
Sie unter [ctc-info.de](http://ctc-info.de)



Mit dem Landkreis Lörrach konnte die GeZ KKP eine Modellkommune für Baden-Württemberg gewinnen, die bereit war, ein CTC-Pilotprojekt durchzuführen und ihre Erfahrungen mit der Umsetzung der Präventionsstrategie zu teilen. Am 20. Dezember 2024 konnte die zweite Phase des CTC- Prozesses „Kinder- und Jugendbefragung“ in Lörrach und seiner Nachbar-gemeinde Steinen abgeschlossen werden.

Die dritte Phase im CTC-Prozessablauf („Stärken- und Schwächenanalyse mit Erstellung eines Gebietsprofils“) startet, sobald die Ergebnisse der Befragung sowie der anderen Beteiligungstools ausgewertet sind. Geplant ist dies für das 2. Quartal 2025.

Die GeZ KKP wird die Modellkommune Lörrach weiterhin begleiten und steht auch anderen interessierten Gemeinden gerne zur Seite, wenn diese den Zugang zu Erfahrungen und Unterstützung für eine Umsetzung von CTC suchen. CTC kann ermöglichen, Präventionsaktivitäten auf kommu-naler Ebene im Bereich der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugend-lichen zielgenau und wirksam zu gestalten.

# 04

## Ausblick: „Kinder und Jugendliche vor Gewalt schützen“

### GEZ KKP IDENTIFIZIERT NEUES SCHWERPUNKTTHEMA

Für das Jahr 2025 wird durch die Geschäftsstelle der GeZ KKP als neues Schwerpunktthema „Kinder und Jugendliche vor Gewalt schützen“ avisiert.

Als besonders beachtenswert erscheinen hierbei die Themenfelder der

- sexualisierten Gewalt,
- Gewalt an Schulen,
- Gewalt im digitalen Raum und
- Gewalt gegen besonders schutzbedürftige Kinder und Jugendliche.



Durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen kann Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg effizienter bekämpft und der Schutz erhöht werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Etablierung einer Kultur des Hinschauens und aktiven Handelns, die auf einer Stärkung der Zivilcourage basiert.

Pädagogische Fachkräfte haben in diesem Themenkomplex eine Schlüsselrolle inne. Als hauptberufliche Vertrauenspersonen von Kindern und Jugendlichen müssen sie in ihrem Handeln dazu befähigt sein, Gewalt zu erkennen und zielführend tätig zu werden.

Für alle Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg gilt, dass sie über die genannten Themenfelder aufgeklärt sein müssen und zudem wissen, wie und wo sie Hilfe und Unterstützung bekommen können.

# 05

## Netzwerk- treffen 2024

Die GeZ KKP hat sich der Netzwerkarbeit im Bereich der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg verschrieben, weshalb sie am 11. Juli 2024 in den Räumlichkeiten Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen in Stuttgart das 4. Netzwerktreffen mit den KKP-Ansprechpersonen der Stadt- und Landkreise sowie der Referate Prävention der regionalen Polizeipräsidien in Baden-Württemberg durchgeführt hat.

Die Veranstaltung bot den Teilnehmenden nicht nur die Gelegenheit, sich über die aktuellen und zukünftigen Schwerpunkte und Projekte der GeZ KKP zu informieren, sondern auch wertvolle Kontakte zu knüpfen und von Expertenvorträgen zu profitieren.

Im Fokus des Treffens standen das Projekt InGe, die Präventionsstrategie Communities That Care (CTC) sowie die neue ressortübergreifende Landeskonzepktion für einen besseren Schutz von Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor Gewalt im Arbeitsalltag.



Netzwerktreffen GeZ KKP

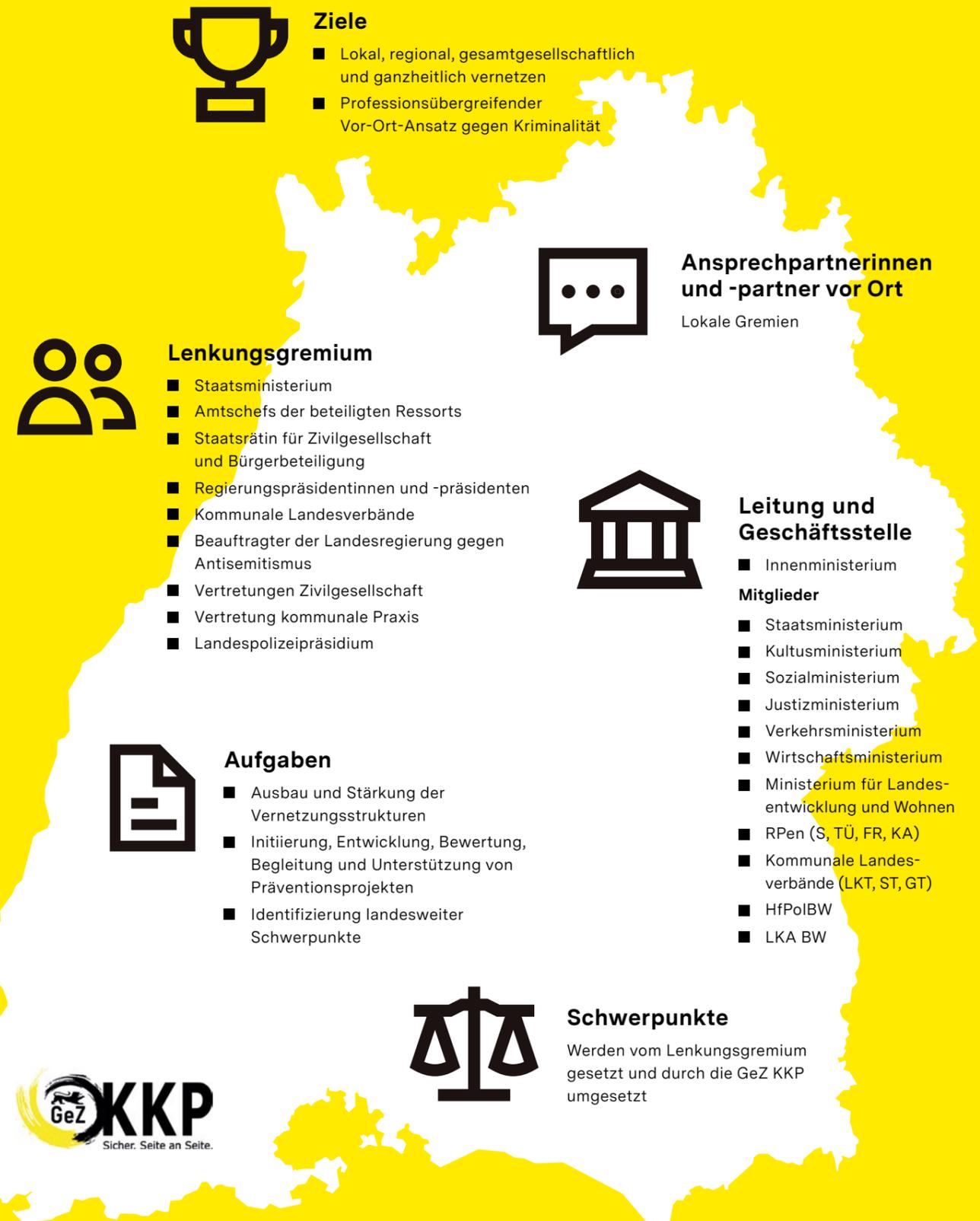
Als externe Referenten waren Fabian Mayer und Bernadette Hof vom Bundeskriminalamt eingeladen. Sie stellten dem Publikum das Analysetool ELSA (Evidenzbasierte lokale Sicherheitsanalyse) vor, welches die Anwendenden in die Lage versetzt, durch die Analyse behördlicher Daten frühzeitig Fehlentwicklungen in Städten zu erkennen. Des Weiteren wurden die Projekte „Sicher unterwegs in Heidelberg“ sowie „Tatort Telefon“ der Stadt Esslingen am Neckar vorgestellt. Zum Abschluss wurden die Herausforderungen im Umgang mit psychisch auffälligen Menschen sowie die Zunahme von Jugendbanden und Jugendkriminalität thematisiert und diskutiert.

Die Arbeitstagung wurde erneut sehr positiv aufgenommen und wird auch in Zukunft einmal im Jahr stattfinden.

# 06

## Über die GeZ KKP

Die beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen angesiedelte Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention Baden-Württemberg und ihre Geschäftsstelle koordinieren und bündeln die Präventionsaktivitäten von staatlichen sowie nichtstaatlichen Institutionen und stärken die Vernetzung von Präventionsakteuren im Land Baden-Württemberg. Durch sie werden neue Präventionsprojekte – auch ressortübergreifend – initiiert, entwickelt, bewertet, begleitet und unterstützt. Die genaue Ausrichtung der inhaltlichen Schwerpunkte der GeZ KKP wird durch Entscheidungen des Lenkungsgremiums unter der Leitung des Staatssekretärs im Innenministerium Herrn Thomas Blenke MdL beschlossen. Durch die Gewährleistung des Informationsaustauschs zwischen den eingebundenen Ressorts, den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auf Ebene der Regierungspräsidien und Kommunen sowie den Sicherheitsbehörden stellt die GeZ KKP den Ausbau eines landesweiten Netzwerks für Kommunale Kriminalprävention sicher und verfolgt dabei das Ziel des kontinuierlichen Ausbaus und der Verstärkung kriminalpräventiver Arbeit auf allen Ebenen im Land.



Auch im Jahr 2025 unterstützt die GeZ KKP Sie gerne weiter bei Projekten im Rahmen der KKP und freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit.



**Baden-Württemberg  
Ministerium des Inneren,  
für Digitalisierung und Kommunen**